

AUSGABE VOM 24. APRIL 2021

## Impf-Priorisierung voraussichtlich ab Juni aufgehoben

Beim Impfen gegen das Coronavirus kann die Priorisierung nach Altersgruppen im Juni aufgehoben werden. Das hat Bundesgesundheitsminister Jens Spahn dem Kölner CDU-Bundestagsabgeordneten Karsten Möring am Donnerstag mitgeteilt. Derzeit seien laut Spahn bereits die Hälfte der über 60-Jährigen in Deutschland mindestens einmal geimpft und das Impftempo werde nun im zweiten Quartal mit mehr Impfstofflieferungen und der Einbeziehung von Arztpraxen rasant zunehmen.

Im Juni sollen neben Hausärzten auch die Betriebsärzte einbezogen werden. „Das ist eine gute Nachricht, auf die wir hier in Köln gewartet haben“, freut sich Möring. „Endlich können sich dann alle erwachsenen Bürger impfen lassen!“

## Bundestag beschließt bundeseinheitliche „Corona-Notbremse“

Im Kampf gegen die dritte Welle der Corona-Pandemie hat der Deutsche Bundestag am Mittwoch nach intensiven Beratungen die bundesweite Notbremse beschlossen. Unionsfraktionschef Ralph Brinkhaus sagte in der Debatte, die damit verbundenen Einschränkungen seien unvermeidlich, so lange nicht ausreichend Menschen geimpft seien. Denn es gehe um das verfassungsrechtlich verbrieftete Recht auf Leben und auf



„Unsere Aufgabe als Abgeordnete ist es, Leben und Gesundheit der Menschen zu schützen“. Unionsfraktionschef Brinkhaus begründete in der Bundestagsdebatte die Zustimmung der Unionsfraktion zur Corona-Notbremse. (Foto: CDU/CSU)

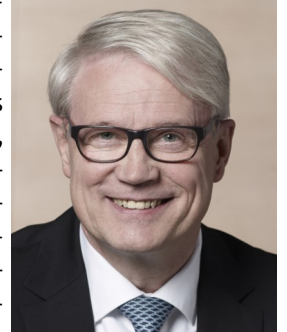
körperliche Unversehrtheit. Das 4. Bevölkerungsschutzgesetz sieht vor, dass ab einer Schwelle von 100 Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner in einer Woche bundeseinheitliche Schutzmaßnahmen greifen. In Landkreisen und kreisfreien Städten, wo dies an drei aufeinander folgenden Tagen der Fall ist, treten strenge Kontakt- und Ausgangsbeschränkungen in Kraft. Dann dürfen Menschen beispielsweise nur noch in Ausnahmefällen nach 22 Uhr ihre Wohnung verlassen. Bis 24 Uhr können sie allein joggen oder spazieren gehen. Kultur- und Freizeiteinrichtungen sowie die meisten Läden müssen schließen. Das gilt auch für Schulen und Kitas ab einer Sieben-Tage-Inzidenz von 165. Die Regelung gilt ab heute.

Dass der Bundestag eine bundeseinheitliche Regelung erlasse, sei keine Missachtung der Bundesländer, betonte der Kölner CDU-Bundestagsabgeordnete Karsten Möring. Denn unterhalb der 100er-Inzidenz könne auch die NRW-Landesregierung selbstständig Maßnahmen treffen, um die Pandemie in den Griff zu bekommen. Oberhalb dieser Schwelle würden Tests allein nicht mehr ausreichen, das Infektionsgeschehen in den Griff zu bekommen.

In Köln gilt angesichts der hohen Infektionszahlen bereits seit dem 17. April eine strengere Ausgangssperre auf Grundlage einer Landesverordnung. Möring verwies auf die Impfkampagne, die inzwischen in Köln deutlich Fahrt aufgenommen hat. Die positiven Effekte der Impfungen und die Möglichkeiten zum Testen, seien in dem Gesetz berücksichtigt. Genau deshalb sei es bis Ende Juni befristet, betonte MdB Möring.

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freunde,

Ausgangssperren, Inzidenzwerte, Verhältnismäßigkeit: es gibt Gründe, weshalb die aktuellen Änderungen des Infektionsschutzgesetzes kritisiert werden



können. Tausende demonstrierten an diesem Mittwoch vor dem Reichstag gegen die „Notbremse“ - leider wieder verbunden mit Ausschreitungen und dummem Geschwätz von „Diktatur“ und „Ermächtigungsgesetz“.

Die intensiven parlamentarischen Beratungen verdeutlichen die Ernsthaftigkeit, mit der um effiziente und für die Bevölkerung nachvollziehbare Lösungen gerungen wird. In der Abwägung zwischen dem Schutz der Menschen vor der Coronapandemie und einschränkenden Eingriffen in die Grundrechte der Menschen halte ich diese Eingriffe für unvermeidlich, denn wir haben außer dem Impfen keine anderen Möglichkeiten.

Nur eine drastische Senkung der Inzidenz kann helfen, die Pandemie schnell zurückzudrängen und das Gesundheitssystem zu stabilisieren. Dann können wir Kölner hoffentlich bald als eine der Modellkommunen im Land einen Öffnungsprozess in Angriff nehmen.

Unser Handeln ist vielleicht nicht populär, aber es ist verantwortungsbewusst und notwendig. Zudem ist das Gesetz befristet. Impfen ist der Schlüssel auf dem Weg aus der Pandemie. Die Regierung hat versprochen, dass alle erwachsenen Bürger bis zum Sommer ein Impfangebot bekommen. Darauf vertraue auch ich. Unbedingt!

Ihr

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Köln I



## Telekommunikation wird schneller

Nach wochenlangen schwierigen Beratungen haben sich die Koalitionsfraktionen auf eine weitgehende Modernisierung des Telekommunikationsrechts geeinigt und am Donnerstag im Bundestag beschlossen. „Beim Mobilfunkausbau definieren wir erstmals ein verbindliches Ziel für alle Anbieter von mindestens 4G durchgehend und unterbrechungsfrei an allen Bundes-, Land- und Kreisstraßen und an allen Schienenstrecken. Damit schaffen wir gleichzeitig auch die Basis für den zukünftigen 5G-Ausbau“, betont MdB Karsten Möring. Das ist bis 2026 möglich, wenn die Bundesnetzagentur genügend Druck macht. Sie kann die Netzbetreiber auch zum gemeinsamen Netzausbau verpflichten und außerdem bei den Auflagen ambitionierter vorgehen, da der Bund parallel ein umfangreiches Mobilfunkförderprogramm auflegt. Dem Bundestag muss regelmäßig zum Ausbaustand berichtet werden.

Ebenfalls formuliert das Gesetz einen Rechtsanspruch auf schnelles Internet. Damit soll eine schnelle Grundversorgung sichergestellt werden. Der Anschluss muss stabile Verbindungen für Homeoffice und Homeschooling ermöglichen. „Ruckelfreie“ Videokonferenzen auch über verschlüsselte Verbindungen gehören zum Pflichtprogramm. Die Umlage für das Kabelfernsehen, die vom Mieter getragen wird, entfällt ab 2024. Stattdessen dürfen nur noch die Kosten für eine Versorgung mit Glasfaser umgelegt werden. Damit soll mehr Wettbewerb auf dem Fernseh- und Streaming-Markt entstehen. Jeder Mieter kann zukünftig selbst entscheiden, welche Angebote er nutzen möchte.

## Digitaler Kündigungsbutton für Online-Verträge

Es ist ja so leicht, online mal schnell einen Vertrag abzuschließen, beispielsweise für Telefondienstleistungen. Oft sind die Angebote mit langen Laufzeiten verbunden, die sich bei Versäumen der Kündigungsfrist auch gleich wieder für ein Jahr oder mehr verlängern. Dem schiebt die CDU/CSU-Fraktion jetzt einen Riegel vor und setzt den digitalen „Kündigungsbutton“ im Online-Bereich durch. „Eine Kündigung soll so leicht sein wie der Vertragsabschluss. Das haben wir nach intensiven Verhandlungen mit unserem Koalitionspartner durchgesetzt“, so MdB Karsten Möring.

Verbraucher werden zukünftig deutlich besser vor unfairen Verträgen und Kostenfallen geschützt. Sie können entscheiden, ob sie sich langfristig, aber preisgünstig binden wollen, oder lieber eine höhere Flexibilität wollen und dafür einen höheren Preis in Kauf nehmen. „Gleichzeitig gehen wir gegen überlange Kündigungsfristen und unangemessene Vertragsverlängerungen vor. Wer künftig eine Kündigungsfrist verpasst, muss keine Vertragsverlängerung um ein weiteres Jahr befürchten, maximal ein Monat ist noch zulässig“, so Möring.

## Kölner Impulse für Innenstadt-Strategie des Bundes



„Corona und seine Auswirkungen werden das Gesicht unserer Innenstädte maßgeblich verändern. Darüber werden wir in der kommenden Sitzungswoche im Bundestag diskutieren“, so MdB Möring. Mit dem Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesbauministerium, Volkmar Vogel (Im Bild vorne), beriet der Kölner CDU-MdB Karsten Möring als zuständiges Mitglied der Unionsfraktion die Planungen des Bauministeriums.

Die Bundesregierung soll noch im Sommer eine Innenstadt-Strategie vorlegen, die sich an den verschärften Problemlagen für Menschen, Handel und Gewerbe orientiert. „Der Erhalt lebendiger Innenstädte als multifunktionale Orte, die Beseitigung von Leerständen und die Anpassung an veränderte Arbeitswelten sind Herausforderungen, die gemeinsam bewältigt werden müssen. Mit dem von der Regierung eingesetzten Beirat Innenstadt und der Innovationsplattform Zukunftsstadt werden wir diesen Transformationsprozess gemeinsam begleiten“, so MdB Karsten Möring (Foto: Privat)

## Bundeskanzler-Helmut-Kohl-Stiftung geplant

Der Bundestag hat am Donnerstag erstmals einen Gesetzentwurf zur Errichtung einer Bundeskanzler-Helmut-Kohl-Stiftung beraten, der von den Koalitionsfraktionen eingebracht wurde. „Volle Unterstützung für das Projekt!“, so der Kölner CDU-Bundestagsabgeordnete Karsten Möring. „Mit dem Gesetzentwurf soll eine vom Bund finanzierte Stiftung einschließlich eines für die Öffentlichkeit zugänglichen Helmut-Kohl-Zentrums in Berlin geschaffen werden. Aufgabe der Stiftung soll es sein, das Andenken an den Kanzler der Einheit und Ehrenbürger Europas Dr. Helmut Kohl zu bewahren. Das hat Helmut Kohl als einer der bedeutendsten Politiker des 20. Jahrhunderts wirklich verdient.“

### Impressum:

Ausgabe Nr. 75 der 19. Wahlperiode

24. April 2021

Herausgeber:

Bundestagsbüro Karsten Möring

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030/ 227-77611

Email:

karsten.moering@bundestag.de

Redaktion/ V.i.S.d.P.:

Karsten Möring MdB/Harald Häßler/

Dr. Jürgen Reuter

